

## Neues „Cyber-Hilfswerk“ für den Katastrophenfall

Unsere Gesellschaft ist von einer sicheren und zuverlässigen Infrastruktur abhängig. Für die FDP-Landtagsfraktion ist zwingend notwendig, alles zu tun, die sogenannten „Kritischen Infrastrukturen“ bei Katastrophen bestmöglich zu schützen. Um diese bei Ausfällen funktionsfähig zu halten und schnell wiederherzustellen, wird die Landesregierung mit unserem Antrag daher aufgefordert, eine spezialisierte IT-Notfall-Einheit zu gründen. Über das sogenannte „Cyber-Hilfswerk“ (CHW) NRW sollen ehrenamtlich tätige Spezialistinnen und Spezialisten im Notfall schnell die hauptamtlichen Einsatzkräfte unterstützen. Zudem soll ein Masterplan mit einheitlichen standardisierten Katastrophenschutzplänen erstellt werden, um die Kreise und Kommunen bestmöglich zu unterstützen und mehr Sicherheit für die Menschen vor Ort zu gewährleisten.

» Antrag: Neues „Cyber-Hilfswerk“ für den Katastrophenfall

## NRW zum Standort für Fusionstechnologien ausbauen

NRW soll eine besondere Rolle bei der Forschung und Entwicklung der Kernfusion einnehmen. Damit NRW langfristig zu einem zentralen Player auf dem Gebiet der Kernfusion werden kann, wird die Landesregierung aufgefordert, Projektfinanzierungen in Verbindung mit europäischen Förderprogrammen EUROfusion und ITER sicherzustellen und zu verstetigen. Zudem soll sich das Land dafür einsetzen, dass ein Exzellenzcluster für Kernfusionsforschung aufgebaut wird. Die Forschung und Entwicklung zur Kernfusion soll in die Energieforschungsoffensive und Innovationsstrategie des Landes integriert werden. Ein Rechts- und Förderrahmen soll entwickelt werden, der die kommerzielle Erforschung und Entwicklung von Kernfusionstechnologien ermöglicht.

» Antrag: NRW zum Standort für Fusionstechnologien ausbauen

## Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung

Die FDP-Landtagsfraktion fordert mehr Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die Landesregierung soll die aktuellen Gesetzespläne der Bundesregierung zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung im Bundesrat unterstützen. Alle entsprechenden Maßnahmen des Bundes sollen unverzüglich und eins-zu-eins auf Landesebene umgesetzt werden. Zudem soll ein Aktionsplan erarbeitet werden, der die Maßnahmen des Bundes mit landesspezifischen Maßnahmen ergänzt.

» Antrag: Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung



### Aktuelle Stunde zur Rahmedetalbrücke

Am Mittwoch hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde über das Desaster rund um die Rahmedetalbrücke auf der A45 debattiert. Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, sagte in der Aussprache, dass die A45 die Hauptschlagader Westfalens sei. Die Brückensperrung wirke daher wie ein Gerinnsel in dieser Hauptschlagader. Höne warf dem Ministerpräsidenten Hendrik Wüst unwahre Aussagen vor und drohte ihm mit einem Untersuchungsausschuss. Denn wichtige E-Mail-Verläufe zum Umgang mit der Brücke aus seiner Zeit als Verkehrsminister seien gelöscht.

» Video: Rede von Henning Höne

## Für einen starken, aber schlanken ÖRR

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) soll sich zukünftig auf Nachrichten, Kultur, politische Bildung und Dokumentationen konzentrieren. Gerade in Zeiten einer verstärkten Verbreitung von „Fake News“ hat der ÖRR den wichtigen Auftrag, glaubhaft und breit zu informieren. So leistet er einen wichtigen Beitrag für eine vielfältige, tolerante, gebildete und demokratisch gefestigte Gesellschaft. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, mit den anderen Bundesländern über Medienstaatsverträge für eine deutliche Reduzierung der Anzahl öffentlich-rechtlicher Fernseh- und Hörfunkkanäle zu sorgen. Durch eine Fusion von ARD und ZDF könnte beim Fernsehen ein bundesweites Vollprogramm entstehen, in dem es hinreichend Platz für landesspezifische und regionale Fenster geben sollte. Zudem soll sich das Land NRW für eine bundeseinheitlich transparente Definition von Gehaltsbändern für alle Festangestellten und freien Mitarbeiter einsetzen.

» Antrag: Für einen starken, aber schlanken ÖRR

## Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Der 27. Januar 1945 markiert den Tag der Befreiung der Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Der Landtag NRW verurteilt dieses Verbrechen des nationalsozialistischen Terrorregimes und gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus. Mit einer gemeinsamen Initiative stellen die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP sich gegen Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit, Homo- und Transfeindlichkeit, Ableismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Die Landesregierung wird beauftragt, die Erinnerung an die Shoah und die weiteren Verbrechen der NS-Zeit wachzuhalten und die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus voranzutreiben. Die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten soll unterstützt und weiter gestärkt werden.

» Antrag: Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

## NRW als Vorbild für eine aktive Migrationspolitik

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für eine geordnete und reguläre Migration ein. Es gilt daher klare Regeln für Einwanderung nach eigenen Interessen zu schaffen. Die Landesregierung soll sich weiterhin als Vorbild und Motor auf Bundesebene dafür einsetzen, reguläre Migration zu stärken und irreguläre Migration zu reduzieren. Das Land NRW soll auch Initiativen unterstützen oder einleiten, die perspektivisch eine stärkere Trennung von humanitärer Aufnahme und Arbeitsmigration erreichen. Zudem soll weiterhin die Rückführung Ausreisepflichtigen insbesondere von Straftäterinnen und Straftätern und Gefährderinnen und Gefährdern konsequent verfolgt werden.

» Antrag: NRW als Vorbild für eine aktive Migrationspolitik

## Unternehmensbesteuerung modernisieren

Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, mit einer Bundesratsinitiative eine Reform der Unternehmenssteuern anzustoßen, die die Unternehmensbesteuerung in Deutschland wesentlich vereinfacht und die Unternehmen effektiv entlastet. Dazu zählen u. a. eine bürokratiearme Umsetzung der globalen effektiven Mindestbesteuerung, eine Reduzierung der Steuerbelastung für Unternehmen, die Einführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter sowie die Erweiterung der steuerlichen Forschungsförderung auf Sachkosten und der Ansparsabschreibung für kleine und mittelständische Unternehmen.

» Antrag: Unternehmensbesteuerung modernisieren

## Studierende und Universitäten entlasten

Da die Einführung des Deutschlandtickets für April 2023 avisiert wird, soll das Land NRW mit den Hochschulen und Studierenden in einen Austausch über die Zukunft des Semestertickets nach Einführung des Deutschlandtickets treten. Im Dialog mit den Hochschulen soll ein Maßnahmenpaket zur Reduzierung der sog. „Ticketstudierenden“ erarbeitet und umgesetzt werden.

» Antrag: Studierende und Universitäten entlasten